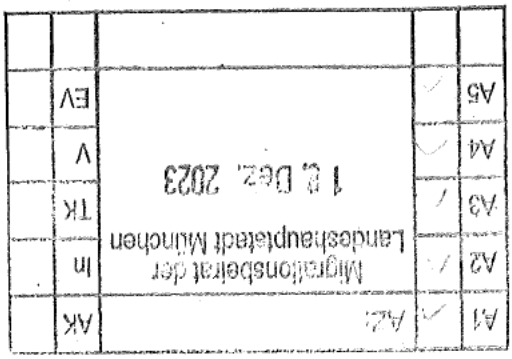
Landeshauptstadt
München
Oberbürgermeister

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Dieter Reiter

An die
Mitglieder des Migrationsbeirates
Frau Lang,
Herr Erdem,
Herr Erciyas,
Herr Kahlawi



Datum
14. Dez. 2023

Gedenk- und Erinnerungskultur in München stärken – Konsequenzen und Maßnahmen für die Stadt München aus rechtem NSU- und OEZ-Terror

Antrag Nr. 111 des Migrationsbeirates, eingegangen am 30.03.2023

Sehr geehrte Frau Lang,
sehr geehrter Herr Erdem,
sehr geehrter Herr Erciyas,
sehr geehrter Herr Kahlawi,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 30.03.2023 haben Sie folgenden Antrag gestellt:

„Die zwei NSU-Morde und das rechtsradikale Attentat am 22. Juli 2016 am OEZ in München haben tiefe Wunden in den Herzen der Betroffenen und der Stadtgemeinschaft hinterlassen. Im Gedenken an die Opfer und um ein tolerantes und inklusives gesellschaftliches Klima zu fördern, stellen wir als Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München folgende Anträge:"

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Die Landeshauptstadt München ist seit jeher bemüht, die Angehörigen, Opfer und Hinterbliebenen rechten, rassistischen und antisemitischen Terrors in München bestmöglich zu unterstützen. Es ist daher der Anspruch der Landeshauptstadt München, den Wünschen und Forderungen der Angehörigen so weit wie möglich nachzukommen. Die Bemühungen zu einem vertraulichen und konstruktiven Dialog wurden in den vergangenen Jahren, besonders mit den Angehörigen des OEZ-Attentates, noch einmal intensiviert. Wir sind überzeugt, dieses positive Verhältnis auch in Zukunft fortsetzen und intensivieren zu können.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
[redacted]

1. **Schaffung eines permanenten Raumes für den Dialog zwischen Angehörigen und als Anlaufstelle für einschlägige Thematiken**

   An der Umsetzung des Wunsches zur Bereitstellung eines permanenten Raumes zum Gedenken und Austausch wird bereits seit längerem gearbeitet. Die Gespräche laufen vertraulich zwischen der Landeshauptstadt München, den Angehörigen des OEZ-Anschlages und möglichen Vermieter*innen. Derzeit steht der Initiative ein Raum in der Ladenzeile des Rathauses in der Dienerstraße als Zwischennutzung bis auf Weiteres zur Verfügung.

2. **Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums um die Darstellung gegenwärtiger rechtsextremer Ideologien und die Aufarbeitung des Oktoberfestattentates, des NSU-Komplexes sowie des OEZ-Attentates.**

   Das Kulturreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung: „Die permanente Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums ist acht Jahre alt. Daher denkt das kuratorische Team stetig über Möglichkeiten der Aktualisierung nach, wie eine konzeptionelle Überarbeitung der Dauerausstellung aussehen kann, die u.a. auch das Thema Rechtsterrorismus in München angemessen berücksichtigt.

   So hat das NS- Dokumentationszentrum in den vergangenen Jahren wiederholt temporäre „Interventionen" realisiert, um aktuelle Fragestellungen einfließen zu lassen und die historische Erzählung mit gegenwärtigen Themen zu konfrontieren. Dabei wurde insbesondere Wert auf eine multiperspektivische, geschlechtersensible, diskursive, alle Sinne ansprechende, interaktive und partizipative kuratorische Praxis gelegt.

   In diesem Zuge ist das NS-Dokumentationszentrum auch mit Angehörigen des OEZ-Anschlags ins Gespräch gekommen. 2021 erfolgte zusammen mit dem Kulturreferat und dem Münchner Stadtmuseum eine Einladung der Angehörigen zu einem Austauschtreffen, bei dem die Forderungen und Wünsche von den Museumsleiterinnen angehört und diskutiert wurden.

   Das NS-Dokumentationszentrum hat in der Folge die Wünsche aufgegriffen und sich dazu verpflichtet, die Erinnerung lebendig zu halten. So gab es seither vielfältige Angebote zum OEZ-Anschlag, unter anderem ein Filmscreening „Kein Einzeltäter", Gespräche für Schulklassen sowie Informationsangebote. Seit 2021 hat das NS-Dokumentationszentrum über seine Social-Media-Kanäle anlässlich von Gedenktagen namentlich an die Toten der in München begangenen und als terroristisch eingestuften Anschläge seit 1970 erinnert. Seit 2022 werden am NS-Dokumentationszentrum drei Fahnen, die in engem Austausch mit den Angehörigen sowie der Initiative München Erinnern gestaltet worden sind, jeweils zum Jahrestag des Anschlags (22. Juli 2016) gehisst."

3. **Gründung eines Bildungsinstituts gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und Implementierung von Fortbildungen und schulischen Fächern für Kinder, Schüler, Jugendzentren, sowie Schulungen des Lehrpersonals zur Prävention von Mobbing, Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistischen Anzeichen.**

   Die Landeshauptstadt München hat mit dem pädagogischen Institut (PI) und der bei der

Fachstelle für Demokratie (FgR) angesiedelten Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen bereits Einrichtungen, die zu den oben genannten Themen arbeiten. Die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen wurde im Dezember 2020 vom Münchner Stadtrat beschlossen. Sie dient sowohl als Beratungsstelle für schulisches Personal an Münchner Schulen im Umgang mit menschenfeindlichen und rechten Vorfällen sowie mit Fällen von Diskriminierung, als auch als vertrauliche Erstanlaufstelle für betroffene Mitglieder der Schulfamilie. Ein weiteres Aufgabenfeld besteht in der (anonymisierten) Erfassung und Auswertung von Meldungen zu Diskriminierungen sowie menschenfeindlichen und rechten Vorfällen. Auf Antrag des Stadtrates soll die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen auch die staatlichen Schulen erfassen. Um den gestiegenen Anforderungsprofil Rechnung zu tragen, wurde eine weitere Personalplanstelle dafür geschaffen.

4. Organisation des alljährlichen Jahrestages des Gedenkens an das rechtsradikale OEZ-Attentat in Abstimmung mit den Wünschen der betroffenen Familien.

Das Kulturreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung: „Das Kulturreferat steht mit der Opferberatungsstelle Before e.V., der FgR, der Protokollabteilung und den Angehörigen sowie der Initiative ‚München erinnern!' in regem Austausch.

In den vergangenen Jahren haben alle Beteiligten bei den Vorbereitungen des Jahrestages großen Wert auf den Austausch mit den betroffenen Familienangehörigen und Überlebenden gelegt und erachtet die respektvolle Abstimmung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Familien als zentralen Bestandteil der Gedenk- und Erinnerungskultur. Auf Wunsch der Familien wurde dieses Jahr eine Gesamtstraßensperrung vorgenommen, um ein ungestörtes und geschütztes Gedenken zu ermöglichen. Ebenso wurde der Bedarf nach einer großen Bühne berücksichtigt.

Mit der Neugründung der Initiative ‚München erinnern!' Anfang 2022 – einem zivilgesellschaftlichen Unterstützer*innenkreis, in dem sich sieben der neun Familien sowie Überlebende organisieren – hat sich ein weiterer Kommunikationskanal etabliert, der sich sehr förderlich auf den Austausch zwischen den Familien, FgR und dem Kulturreferat auswirkt.

Bei der letzten Gedenkveranstaltung hat sich diese Schnittstelle als besonders tragfähig erwiesen und sehr positiv auf das Gedenken ausgewirkt.

Für die Zukunft bleibt es gemeinsame Aufgabe, Verbesserungsbedarfe, die es trotz erfolgreicher Zusammenarbeit immer wieder geben kann, ernst zu nehmen und Lösungen zu finden."

5. Initiierung eines gemeinsamen Austauschs mit den Städten Halle und Hanau

Ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen und städtischen Akteuren der beiden Städte findet auf Arbeitsebene bereits statt. Vertreter*innen der Angehörigen und Opfer, sowohl aus Halle als auch aus Hanau haben im Rahmen des diesjährigen Gedenktages vor Ort gesprochen. Wie in der Vergangenheit bereits, so ist auch zukünftig bei Veranstaltungen und Gedenken die Zusammenarbeit und der Austausch mit Angehörigen anderer

rassistischer und rechtsextremer Anschläge von zentraler Bedeutung.

6. Ergänzende Gedenktafel am Denkmal

Das Kulturreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung: „Unmittelbar nach dem Anschlag am 22. Juli 2016 hat das Kulturreferat die Realisierung eines Gedenkortes übernommen und die Familien in den Prozess eingebunden. Die frühzeitige Einbindung der Familien hat maßgeblich zum erfolgreichen Gelingen der Eröffnung des Gedenkortes „Für Euch" beigetragen.

2019 ist die Stadt dem berechtigten Wunsch der Familien nach einer Änderung der Inschrift nachgekommen und hat diese mit den Angehörigen umgesetzt. Im Zuge der Änderung der Inschrift wurde mit den Familien eine ergänzende Gedenktafel diskutiert. Allerdings haben sich in diesem Verfahrensschritt die Beteiligten gegen eine ergänzende Tafel ausgesprochen.

Zwischenzeitlich hat sich die Initiative ‚München erinnern!' gegründet, in der die betroffenen Familien und Überlebende von einem Freundeskreis darin unterstützt werden, ihre Bedarfe und Visionen, Wünsche und Ideen in Bezug auf Erinnerungs-, Aufklärungs- und Gedenkarbeit zu formulieren und an die Öffentlichkeit sowie an die städtischen Institutionen zu richten.

Das Kulturreferat begrüßt es ausdrücklich, dass der gute Kontakt mit den Familien und der Initiative ‚München erinnern!' auch weiter ausgebaut werden kann. Auf diesem Wege können Leerstellen oder vertiefende und differenzierende Formen der lebendigen Erinnerungskultur auf den Weg gebracht werden. Eine ergänzende Gedenktafel wird derzeit nicht diskutiert."

7. Schließung der McDonald's-Filiale in der Hanauerstraße

In Absprache mit den Angehörigen habe ich mich an McDonald's Deutschland gewandt, woraus eine Zusage für gemeinsame Gespräche zwischen McDonald's Deutschland und der Initiative „München erinnern!" bzw. den Angehörigen entstanden ist. Während der diesjährigen Gedenkfeier hatte die McDonald's-Filiale an der Hanauerstraße geschlossen. Die weiteren Gespräche zu dieser Thematik finden direkt zwischen den Vertreter*innen von McDonald's Deutschland und den Angehörigen statt.

8. Schaffung von Gedenkgräbern und Übernahme der Kosten durch die Stadt München

Für die in München bestatteten Opfer des OEZ-Attentates wurden sogenannte Gedenkgräber eingeführt. Die neue Form der Gedenkgräber beinhaltet unter anderem die Übernahme der Grabpflegekosten, den grundsätzlichen Erhalt, sowie eine einordnende Information an den Gräbern. Der Gestaltungsprozess und die inhaltliche Ausgestaltung läuft in enger Absprache mit den jeweiligen Angehörigen.

9. Verbesserung und adäquate Gestaltung des Opferentschädigungsgesetzes

Das Opferentschädigungsgesetz entzieht sich dem kommunalen Aufgabenbereich. Die Stadt München hat einen eigenen Opferfonds für die Angehörigen, Hinterbliebenen und Verletzten des OEZ-Anschlages eingerichtet. Aus diesem werden aktuell und zukünftig, notwendige, medizinische oder psychosoziale Ausgaben der Antragsteller*innen bezahlt.

10. Benennung von Straßen und Plätzen nach Opfern rassistischer Anschläge

Das Kulturreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung: „In München liegt die Benennung von Straßen und Plätzen in der Zuständigkeit des Kommunalreferates. Das Hauptkriterium für eine personenbezogene Benennung ist grundsätzlich die Lebensleistung der zu ehrenden Person. Die Straßenbenennung nach Personen stellt die höchste Form der Ehrung durch die Landeshauptstadt München dar. Deshalb wird im Rahmen des Benennungsverfahrens bei personenbezogenen Benennungen vor Beschlussfassung durch den Stadtrat der Ältestenrat befragt. Dieser setzt sich aus Stadtratsmitgliedern aller Fraktionen zusammen.

Die Forderung, Straßen und Plätze nach Opfern rassistischer Gewalt zu benennen, wurde bereits mehrfach im Ältestenrat diskutiert. Die abschließende Entscheidung – auch unter Berücksichtigung des Antrags des Migrationsbeirats – wird derzeit vorbereitet. Nach Beschlussfassung wird das Direktorium den Migrationsbeirat über das Ergebnis informieren."

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Dieter Reiter